

Félix Braz

Wachstum aus grüner Sicht

Déi Gréng möchten das Paradigma des undifferenzierten Wachstumsgebotes heutiger Wirtschaftspolitik überwinden. Nicht jedes Wachstum birgt ökologische Vernunft, nicht jedes Wachstum bringt gesellschaftlichen Fortschritt. Eine nachhaltige Ökonomie, wie wir sie umsetzen möchten, setzt auf qualitatives Wachstum und kann auch auf Wachstum verzichten, ohne dass dies zu einem neuem Dogma, dem der „décroissance“ im Sinne von Schrumpfung werden sollte.

Auch wir wollen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen mehr Wachstum, beispielsweise beim ökologischen Landbau oder der Produktion erneuerbarer Energien. Wir wollen mehr Photovoltaikanlagen auf Dächern installieren und mehr intelligente Stromnetze aufbauen. Wir brauchen ein starkes Wachstum im Bereich der energetischen Haussanierung.

Bei einem öko-sozialen Umbau der Wirtschaft wird es also einige Sektoren geben, die wachsen werden und andere, die notwendigerweise schrumpfen sollten. Es ist klar, dass Verbrennungsmotoren und ihre Antriebskomponenten schrittweise aus dem Mobilitätssektor verschwinden werden, genauso wie ein Großteil der synthetischen Pflanzenchemikalien in der Landwirtschaft. Unnötig penible Arbeiten sollten weiter automatisiert werden und Pflegedienstleistungen wachsen und besser bezahlt werden. Dies sind nur einige Beispiele. Es ist daher wichtig, neue Leitindikatoren für eine nachhaltige Wirtschaft zu entwickeln, denn Wachstum be-

zieht sich auf die Quantität der Ökonomie, nicht auf die Qualität. Wachstum kann dementsprechend ökologisch und sozial blind sein: automatisch sorgt es weder für eine umweltschonende Produktionsweise noch für soziale Gerechtigkeit. Wer nur

Bei einem öko-sozialen Umbau der Wirtschaft wird es einige Sektoren geben, die wachsen werden und andere, die notwendigerweise schrumpfen sollten.

über klassisches Wirtschaftswachstum soziale und ökologische Ideale verwirklichen will, hofft vergeblich, denn es löst zwar Versorgungsprobleme – aber ohne soziale und ökologische Rücksichten.

Was wächst?

Spätestens seit dem Bericht der Stiglitz-Kommission sollte klar sein, dass wir mit dem Begriff „Wachstum“ lediglich das Ansteigen der wirtschaftlichen Aktivitäten meinen. Als Indikator dient meistens das Bruttonationaleinkommen (BNE) oder das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Es wächst also zuerst einmal nur das, was wir messen. Alle Aktivitäten, die nicht am Markt entgolten werden, werden nicht gemessen, wir wissen also nicht, ob sie wachsen oder nicht. Alle Aktivitäten, die aus der unentgeltlichen Familienarbeit in den Markt integriert werden (Kinder- oder Altenbetreuung beispielsweise) lassen das

PIB wachsen, es sind aber keine zusätzlichen Dienstleistungen.

Die Methode, das BIP zu berechnen, ist zwar ausgereift, jedoch immer noch unvollkommen, und sie wird umso unvollkommener, je mehr Erwartungen wir an dieses Instrument stellen. Gerade die Diskussion um die Resultate der Stiglitz-Kommission zeigt, dass wir neue, andere Indikatoren brauchen und nicht eine künstliche Ausweitung des BIP auf andere Bereiche (wie das der unentgeltlichen Arbeit). Das BIP summiert alle produzierten und direkt oder indirekt am Markt entgoltenen Güter und Dienstleistungen. Da wir jedoch Tonnen Äpfel nicht zu Tonnen Autos und Tonnen Massagen oder Unterrichtsstunden hinzuschlagen können, misst das BIP nicht in Tonnen, sondern in Euro, multipliziert also die Quantitäten mit ihren Preisen (oder den Kosten bei öffentlichen Dienstleistungen). In gewisser Weise zieht das BNE alles über dieselbe Leiste. Obwohl man nicht überall Äpfel gegen Birnen tauschen kann, wird aus beiden im BIP ein Geldwert.

Aus dieser Vorgehensweise ergeben sich einige grundlegende Probleme, die zwar den Nutzen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht grundlegend in Frage stellen (beispielsweise, brauchen wir ein BIP, um die benötigte Geldmenge einer Ökonomie einzuschätzen), aber seine systemimmanenten Grenzen aufzeigen: Das BIP misst nur sehr unzureichend die soziale

Nützlichkeit der Produktion und ebenso wenig die Qualität der Produkte.

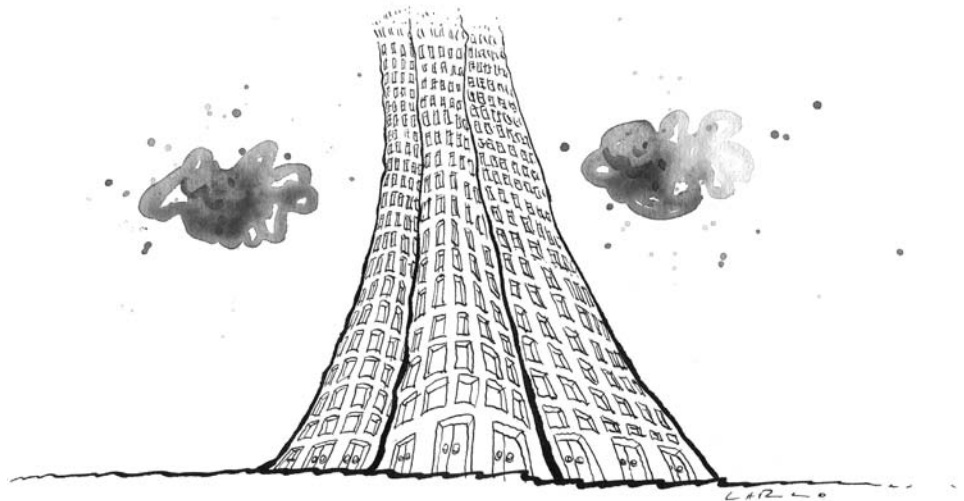
Beim Beispiel der Nahrungsmittel sehen wir, wie sehr eine Wirtschaftspolitik, die auf quantitatives Wachstum setzt, den Bedürfnissen der Menschen nicht gerecht wird. Lebensmittel sind sehr nützlich, solange Menschen Hunger haben. Ist der Magen voll, können wir kein Essen mehr sehen und buchstäblich um keinen Preis würden wir uns überfressen wollen. Folglich fallen die Preise der Lebensmittel ins Bodenlose und damit wird es interessant, aus Lebensmitteln Treibstoffe herzustellen, die Agrokraftstoffe. Ist das der richtige Weg, wenn man bedenkt, dass jedoch jeder siebte Mensch abends hungrig ins Bett gehen muss, weil er nicht dieselbe Kaufkraft hat, um sich am Lebensmittelmarkt zu bedienen? Der Markt und das pure Wachstumsdenken trägt diesem Umstand nicht Rechnung.

Das BIP misst auch die Qualität der Güter nur sehr ungenügend, weil diese komplexe Information nicht linear in die Preise einfließt. Gute Produkte sind nicht immer teurer als schlechte. Das hat einerseits mit der verbesserungswürdigen Konsumenteninformationspolitik zu tun (und Luxemburg gibt hier ein sehr unrühmliches Beispiel ab). Es hat auch damit zu tun, dass die Endprodukte guter und schlechter Produktionsmethoden oder Arbeitsbedingungen sich nicht immer unterscheiden.

Was soll nicht mehr wachsen?

Gleichzeitig wissen wir auch, dass die einseitige Fokussierung auf das Wachstum des nationalen Einkommens die Wirtschaft in eine nicht nachhaltige Richtung gedrängt hat.

Der Verbrauch der Ressourcen sollte nicht weiter steigen, mit Ausnahme des Verbrauchs der Energie aus erneuerbaren Quellen. Es gibt eine Vielzahl verschiedener Indikatoren, die belegen, dass wir uns der Tragfähigkeit des Planeten bedrohlich nähern und teilweise überschritten haben. Der ökologische Fußabdruck, wie er 2010 vom Nachhaltigkeitsrat präzise an Luxemburg angepasst wurde, ist hierfür ein prominentes Beispiel. Wir bräuchten sechs Planeten, wenn wir den Ressourcen-



verbrauch Luxemburgs auf die ganze Welt ausdehnen wollten.

Wir müssen also zusätzliche Indikatoren in die Politikgestaltung einbeziehen, sonst werden wir nicht zukunftsfähig. Rein rechnerisch bedeutet dies nicht, dass ein geringerer Ressourcenverbrauch das nationale Einkommen schrumpfen lassen würde.

**Es gibt keinen direkten
Bezug zwischen Wachstum
und einer gerechteren Verteilung,
weder national noch global.**

Wir könnten Ressourcen durch Arbeit ersetzen. Jean Gadrey hat das für eine nachhaltige Landwirtschaft berechnet.¹ Auch dies zeigt, dass wir das Wachstumsgebot der derzeitigen Wirtschaftspolitik verabschieden müssen.

Die soziale Ungleichheit darf ebenfalls nicht weiter steigen, sie muss sinken. Aber auch diese wichtige Dimension der Politik wird vom nationalen Einkommen nicht gemessen. Die britische New Economics Foundation und zahlreiche andere Institute haben nachgewiesen, dass Wachstum nicht automatisch zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt. Es gibt keinen direkten Bezug zwischen Wachstum und einer gerechteren Verteilung, weder national noch global. Auf globaler Ebene hat das Wachstum der letzten Jahrzehnte sogar die Gruft zwischen Arm und Reich vergrößert, auf

nationaler Ebene auch. Nie war der Reichtum dieser Welt ungleicher verteilt als heute. Unser Wirtschaftsmodell und die Politik haben also beim Ziel einer gerechteren Verteilung der Einkommen eindeutig versagt.

Wir müssen die Schwächen und Irrtümer dieser Wachstumspolitik erkennen und benennen, damit wir eine erfolgreiche grüne Wirtschaftspolitik entwerfen können, welche die ökologische Tragfähigkeit des Planeten respektiert und eine sozial ausgeglichene Entwicklung zum obersten Ziel hat.

Grundzüge einer grünen Wirtschaftspolitik

Déi Gréng wollen eine Wirtschaftsweise durchsetzen, die sich mit der zerstörerischen Arbeitsteilung zwischen einem rastlos vorwärtstreibenden, immer unmenschlicheren Wirtschaftssystem und einer nachträglichen Reparatur der schlimmsten Folgen durch die Politik nicht mehr länger abfindet.

Folgende Ziele müssen als selbstverständlich in einer ökologischen und sozialen Wirtschaftspolitik einfließen: humane Arbeitsbedingungen, soziale Gerechtigkeit, eine ethisch verantwortbare Wirtschaftsweise ohne Zerstörung der Umwelt und ohne Produkte zur Zerstörung von Menschen, Gleichberechtigung der Geschlechter, gemeinsame Verantwortung in einer globalen Welt.

Déi Gréng haben in ihrem Sofortprogramm gegen die Krise *Emsteieren* bereits im Jahr 2009 deutlich gemacht, wo es lang gehen soll. 2010 wurde dann ein erneuertes Konzept der Krisenbewältigung ausgearbeitet. Dort können die vorgeschlagenen Maßnahmen im Detail nachgelesen werden, sie bleiben – leider – auch heute noch gültig und vorbildlich.²

Die dort vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen basieren auf einigen wenigen Grundlagen grüner Wirtschaftspolitik:

Neue Bewertung

Es wurde oben bereits ausführlich besprochen, die zentrale politische Messlatte, das PIB und sein Wachstum, misst nicht das, was uns wirklich wichtig ist: Lebensqualität, Gerechtigkeit, Fortschritt, Entwicklung, ... Politik kann aber nur funktionieren, wenn sie für diese Bereiche auch Messlatten hat, die von der breiten Öffentlichkeit unterstützt und diskutiert werden. Deshalb ist die Ausarbeitung neuer Indikatoren, die leicht verständlich und trotzdem korrekt Sachverhalte darstellen, ein wichtiger Schritt in Richtung lebendiger Demokratie und grüner Ökonomie. Und so sollte auch die Diskussion um einen Indikatoren zur Lebensqualität verstanden werden: es geht um nicht weniger als die Neuausrichtung unserer gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Reelle Preise

Die Preise, die auf dem Markt ausgehandelt werden und die wir für Güter und Dienstleistungen bezahlen, entsprechen selten dem wirklichen Wert. Dies gilt einerseits, weil viele, sogenannte „externe Kosten“ auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Die Preise der Lebensmittel decken beispielsweise nicht die Kosten der Grundwasserverschmutzung durch Nitrate. Diese Kosten werden auf die Gemeindekassen oder die Haushalte abgewälzt, weil die Gewinnung des Trinkwassers teurer wird. Anschließend entsteht ein politischer Streit um die Erhebung der realen Kosten der Trinkwasserversorgung.

Neben den externen Kosten gibt es noch andere Faktoren, die Preise unfair machen. Gerade dort, wo der Markt sich

Dienstleistungsbereiche aus der „Lebensökonomie“ erobert, werden sehr niedrige Löhne bezahlt. Die Konkurrenz zu der unbezahlten Familienarbeit ist hier einfach zu groß. Wenn Pflege-, Reinigungs- und Haushaltsdienste aus der Familienarbeit ausgelagert und vom Markt übernommen werden, stehen die Anbieter immer in Konkurrenz zur unbezahlten Arbeit, die in den Familien geleistet wird. Das erklärt, warum gerade die Löhne in diesen Sektoren derart niedrig sind, und es sind gerade die Frauen der unteren Einkommensschichten, die hierunter am

Das PIB und sein Wachstum messen nicht das, was uns wirklich wichtig ist: Lebensqualität, Gerechtigkeit, Fortschritt, Entwicklung ...

meisten leiden. Die Preise müssen also externe Kosten und den gesellschaftlichen Wert der Güter und Dienstleistungen widerspiegeln. Sonst kann die Marktwirtschaft nicht effizient sowie sozial und umweltverträglich die ökonomischen Entscheidungen beeinflussen.

Wirkliche Umverteilung

Auch dieses Thema wurde bereits angesprochen: die derzeitige Wachstumslogik verschärft die ungleiche Verteilung der Reichtümer und der Einkommen. Wir sind aber nicht der Meinung, dass durch eine Abkehr vom Wachstumsdogma automatisch soziale Gerechtigkeit hergestellt würde. Hierfür brauchen wir gezielte Maßnahmen in mindestens drei Bereichen: Einkommen, Eigentum und ... Kohlenstoff. Bei den beiden ersten Themen ist es relativ klar, dass wesentliche, progressive Steuern auf allen Einkommen, also Arbeits- und Kapitaleinkommen, zu einer wesentlich gerechteren Umverteilung führen würde. Bei der Pflegeversicherung wurde dies bereits teilweise umgesetzt. Wir sollten versuchen dieses Prinzip auszudehnen, Arbeits- und Kapitaleinkommen an der Quelle zu besteuern, zu stark progressiven Sätzen und ohne Schlupflöcher.

Bleibt eine gerechtere Verteilung des Kohlenstoffes, also unseres CO₂-Ausstoßes.

Auch hier brauchen wir ein radikales Umdenken, nicht die Kaufkraft eines Menschen darf entscheiden, wie viel CO₂ jeder und jede in die Atmosphäre pusten darf, sondern eine gerechte Pro-Kopf-Verteilung. “We hold these truths to be self-evident, that all men [and women] are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.” Alle Menschen bezieht sich nicht nur auf Luxemburger, Portugiesen und Esten ... Dem Klimawandel können wir nur entgegen treten, wenn wir allen Menschen, den heutigen und den zukünftigen, gleiche Rechte zubilligen.

Wir brauchen auch ein neues Gleichgewicht zwischen dynamischem Markt und starkem, leistungsfähigem Staat sowie freiem Individuum und intelligenter Gesellschaft. Außerdem müssen wir die Gleichgewichte zwischen lokaler und globaler Ökonomie neu ausbalancieren.

Wir leben zum Glück in einer Demokratie, und in dieser verfügt nicht eine Gruppe oder eine Gesellschaft über die Lösung für alle oder gar für alles. Wir brauchen also eine lebendige Diskussion und den Austausch der Ideen. Ich würde mich also freuen, kritische Reaktionen auf diesen Beitrag zu erhalten. ♦

Mein Dank geht an Mike Mathias für seine Hilfestellung zu diesem Beitrag.

1 Jean Gadrey, *Adieu à la Croissance, bien vivre dans un monde solidaire*, Alternatives Economiques, Edition Les Petits Matins, 2010.

2 www.greng.lu/faarfbekennen_Greng-modell.967-2.html; www.greng.lu/dei-greng_Programmes-electoraux.681-2.html